

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: S.M. 66, ClubstraÙe 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-293  
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:  
GeißhofsstraÙe 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin S.M. 66, ClubstraÙe 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

## Bonar Law klagt Frankreich an.

### Ablehnung des liberalen Antrages.

London, 20. Februar. (WIB.) Im Unterhaus wurde der liberale Änderungsantrag zur Antwort auf die Thronrede mit 305 gegen 196 Stimmen abgelehnt.

### Die Rede Lloyd Georges.

London, 20. Februar. (WIB.) In seiner Rede im Unterhaus sagte Lloyd George noch, das deutsche Nationalgefühl, das vier Jahre lang gedemütigt und niedergebrosen gewesen sei, sei zum erstenmal seit Abschluß des Waffenstillstandes infolge der Befreiung des Ruhrgebietes aufgerüttelt worden. Bonar Law habe sein bestes als treuer Verbündeter getan, Frankreich von seinem Vorgehen abzuraten, und er bitte dringend Bonar Law, einen weiteren freundschaftlichen Schritt zu tun, um Frankreich aus der Verzweiflung zu lösen, bevor es zu spät sei. Die britische Regierung sollte jetzt eine Aktion unternehmen. Er, Lloyd George, habe im August 1922 vorgeschlagen, die ganze Angelegenheit an den Völkerbund zu verweisen, aber Poincaré habe sich geweigert, irgendetwas sich aus dem Versailler Vertrag ergebende Frage an den Völkerbund zu übertragen. Das sei ein

höchst erschaunder, absurder und unhaltbarer Standpunkt, da ja auch der Streit zwischen Polen und Deutschland, der aus dem Versailler Vertrag herrühre, dem Völkerbunde mit Zustimmung Frankreichs übertragen worden sei. Außerdem sei die Behauptung, daß der Vertrag, der ganz Westeuropa neu verteilte und von dessen guter oder schlechter Wirkung die Zukunft Europas abhängt, dem Arbeitsbereich des Völkerbundes entzogen werden sollte, eine lächerliche Behauptung, die die Regierung nicht annehmen sollte. Lloyd George betonte, Amerika habe die moralische Verpflichtung, zur Sicherung einer Lösung mitzuarbeiten. Es sei notwendig, im Verkehr mit Deutschland eine neue Einstellung anzunehmen. Die vorige britische Regierung habe stets auf Wahrung gedrungen. Das habe man ihm in Frankreich nicht vorgehen lassen. Bonar Law habe aber die französische Regierung ebenso unangenehm, ja sogar noch widerwärtiger gefunden. Bei einem Prozeß habe man zu wählen,

von dem Gegner Barmherzigkeit zu erlangen oder ihn bankrott zu machen.

Frankreich wolle beides, und das sei unmöglich. In den letzten Wochen seien 17 Ermordungen in Frankreich gegen die Regierung ausgeführt. Wenn die Ruhrbefreiung noch um einige Wochen zurückgestellt worden wäre, so hätte die französische Regierung nicht mehr dazu überlegen können. Die Lage im Ruhrgebiet sei schlimmer, als die französische Regierung zugeben wolle. Er sei sicher, daß sie selbst solche Vorgänge nicht vorausgesehen habe, der nationalstille Geist in Deutschland, der seit dem Waffenstillstande gebrochen war, lebe wieder auf. Der Stolz Frankreichs und Deutschlands, zweier tapferer Nationen, stehe einander gegenüber. Wenn Deutschland vernichtet werde, so werde keine Reparation zu erlangen sein, ebenso würde dann die Abklärung unmöglich werden. Frankreich habe im Ruhrgebiet ein großes Heer stehen, und dabei seine Sicherheit durchaus nicht verbürgt. Wenn England wirklich der Freund Frankreichs sei, müsse es sein bestes tun, Frankreich aus seiner gegenwärtigen Stellung herauszuheben.

### Die Stellungnahme der Arbeiterpartei.

Henderson, der ankündigte, daß die Arbeiterpartei den Änderungsantrag unterstützen werde, erklärte, die Arbeiterpartei sei weder deutschfreundlich, noch französischfeindlich, aber es sei im eigenen Interesse Frankreichs notwendig, daß Schritte getan würden, um die Reparationsfrage vom Felde der Gewalt und der „Sanktionen“ ins Beratungszimmer zu verlegen.

### Schatzkanzler Baldwin

ermwiderte auf eine Anfrage des Abg. Lambert, ob die deutsche Regierung die britischen Vorschläge für eine Verminderung der Reparationszahlungen und der alliierten Schulden angenommen habe, daß diese Vorschläge nicht an die deutsche Regierung gerichtet gewesen seien und daß sie sich nicht darauf bezogen, was Deutschland zu zahlen bereit sei, sondern auf die Höchstsumme, deren Zahlung durch Deutschland nach sorgfältiger Prüfung für möglich befunden werde. Lambert fragte weiter, ob die deutsche Regierung ihre Bereitschaft ausgedrückt habe, eine vernünftige Summe als Reparation zu zahlen. Wedgwood Benn fragte, ob es nicht Tatsache sei, daß die deutsche Regierung weit mehr angeboten habe, als in dem englischen Vorschläge verlangt werde. Der Schatzkanzler erwiderte: Ich glaube, im Jahre 1921 ist das der Fall gewesen. Abg. Snowden (Arbeiterpartei) fragte, ob dem Premierminister bekannt sei, daß die Handelskammer von Manchester den Kaufleuten in Manchester mitgeteilt habe, daß Güter, die nach Deutschland geschickt würden, von den Franzosen beschlagnahmt würden und ob eine Information über diese Frage vorliege und, wenn ja, welche Aktion die Regierung in der Angelegenheit unternehme. Bonar Law verneinte den ersten Teil der Anfrage und sagte, er habe keinerlei Information, daß Waren konfisziert würden, er würde indessen Nachforschungen unternehmen.

### Bonar Law:

Ich behaupte nicht, daß wir mit der jetzigen Lage zufrieden sind. Ich habe im Gegenteil schon auseinandergesetzt, daß wir mit ihr sehr unzufrieden sind. Aber es würde die jetzige Situation nicht verbessern, wenn zu den anderen Gefahren, die Europa drohen, auch noch die Gewißheit käme, daß England mit Frankreich einig sei. Bonar Law erklärte, der Ansicht nicht zustimmen zu können, daß bei einem Zusammengehen Englands mit Frankreich in der Ruhrfrage Deutschland die Bedingungen Frankreichs annehmen würde, denn die

französische Politik bestünde darin, Sanktionen zu ergreifen, um unmögliche Bedingungen durchzusetzen.

Bonar Law glaubt, daß Deutschland seine jetzige Haltung einnehme, weil es die Unmöglichkeit der Bedingungen eingesehen habe.

Es habe diese Haltung aus Verzweiflung eingenommen. (Beifall bei der Opposition.) Indessen, so fuhr Bonar Law fort, würde eine jegliche Intervention Englands von Frankreich als ein feindseliger Akt angesehen werden. Wenn man jedoch mit der Intervention wartet, bis sich für sie eine günstige Gelegenheit bietet, so wäre das eine bessere Politik. Für den Aufenthalt der englischen Truppen in Deutschland liege bei der augenblicklichen Lage kein logischer Grund mehr vor; es liege aber im Interesse der Entente, daß die englischen Truppen weiterhin so lange wie möglich im Rheinland bleiben. An den Völkerbund zu appellieren wäre im Augenblick zwecklos, da man wisse, daß etwas Wirksames gegen Frankreich unternommen werden würde.

Die Bedeutung der gestrigen Unterhausdebatte liegt viel weniger in ihrem Endergebnis, als in ihrem Inhalt. Niemand im Lager der Opposition wird auch nur an die Möglichkeit geglaubt haben, die Regierung Bonar Law, die seit den Novemberwahlen über eine sichere Mehrheit von etwa 90 Stimmen verfügt, in offener parlamentarischer Schlacht zu stürzen. Das war auch nicht der Zweck des eingebrachten Zusatzantrages, vielmehr lag es den Oppositionsparteien daran, dem Lande einen Beweis ihrer Aktionsfähigkeit und Stärke zu liefern und die Regierungspolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Wenn nun diesmal die Regierungsmehrheit sogar um einige Stimmen größer ist als bei der ersten Abstimmung über den in der vergangenen Woche von Cignes eingebrachten Zusatzantrag der Arbeiterpartei, so liegt es einmal daran, daß die konservativen „Einseitigen“ ihre Leute zusammengetrommelt hatten, während augenscheinlich der gleiche Eifer bei der Arbeiterpartei nicht vorhanden war. Allein die Tatsache, daß vier Mitglieder der Labour Party Urlaub erhalten haben, um sich nach dem Ruhrgebiet zu begeben, wo sie sich gegenwärtig aufhalten, ist kennzeichnend dafür, daß die Arbeiterpartei diese Gelegenheit nicht zu einer Kraftprobe zu gestalten beabsichtigte. Teils aus taktischen Gründen, da sie damit nur die Kastranen für die bürgerlichen Liberalen beider Richtungen aus dem Feuer geholt hätte, teils aber wohl auch aus bestimmten politischen Erwägungen heraus. Wenn die Mitteilung der „Times“ zutrifft, daß etwa zwanzig Arbeiterabgeordnete sich der Stimme enthielten, so zeigt dies, daß man in der Labour Party über die Zweckmäßigkeit des liberalen Antrages und über den Wert des Völkerbundes in seiner jetzigen Gestalt verschiedentlich urteilt. Es gibt insbesondere unter den radikaleren — meist schottischen — Mitgliedern der unabhängigen Arbeiterpartei nicht wenige, die, insbesondere seit der oberdeutschen Entscheidung, wenig Vorliebe für ein Orchester empfinden, in dem Frankreich die erste Geige spielt, während Deutschland, Rußland und Amerika darin überhaupt nicht vertreten sind.

Aber so sehr die französische Öffentlichkeit bisher über die wahre Stimmung in England gegenüber der Ruhrinvasion irreführt wurde, so wenig wird es nach dieser Debatte den Pariser Regierungsorganen gelingen, die wirkliche Bedeutung der gestrigen Unterhausdebatte zu vertuschen und, indem sie das Abstimmungsergebnis in den Vordergrund rücken, daraus einen Sieg des französischen Standpunkts in England zu konstruieren. Tatsächlich ist der gestrige Tag ein schwarzer Tag für den französischen Nationalen Block, der dunkelste seit dem Beginn des verhängnisvollen Gewaltunternehmens. Denn das Charakteristische an der gestrigen Debatte ist, daß die schärfste Anklagerede gegen Poincaré eigentlich nicht von der Opposition, sondern von Bonar Law selbst gehalten wurde. Allein der eine Satz des Ministerpräsidenten, daß die französische Politik darin bestehe, Sanktionen zu ergreifen, um unmögliche Bedingungen durchzusetzen, ist das vernichtendste Urteil, das jemals ein im Amte befindlicher englischer Staatsmann seit Kriegsende über die offizielle Politik Frankreichs gefällt hat. Und indem Bonar Law hinzusetzte, Deutschlands Haltung beruhe auf der Erkenntnis der Unmöglichkeit dieser Bedingungen und erkläre sich aus der Verzweiflung hierüber, hat er moralisch Partei für unsern griffen. Seine Worte sind eine eindeutige Aufforderung an Deutschland, weiter in der bisherigen Weise Widerstand zu leisten. Eine andere Schlussfolgerung läßt sich aus dieser Rede nicht ziehen, denn sonst würde ihr Sinn sein, daß Deutschland unmögliche Bedingungen

### Der Dollar steigt wieder.

Die starke Abschwächung der deutschen Mark an der gestrigen New Yorker Börse rief in Berlin heute vormittag eine verstärkte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln hervor. Es scheint, daß die ausländischen Marktspekulanten beginnen, ihren Gewinn zu realisieren und dementsprechend größere Mengen deutscher Papiermark auf den Markt zu werfen. Die Reichsbank verhielt sich den heutigen Kurssteigerungen des Dollars gegenüber zunächst passiv. Wegen mittag handelte man den Dollar mit 24 250, doch war bei diesem Kurse ein nennenswertes Angebot nicht vorhanden. Im Zusammenhang mit dieser Befestigung der Devisenkurse trat ein sehr lebhaftes Interesse für Bausparpapiere und Spezialwerte hervor. Wenn die feste Tendenz der ausländischen Zahlungsmittel anhält, so ist bereits für morgen mit einer sehr festen Effektenbörse zu rechnen, zumal die Geldknappheit bereits nicht mehr so fühlbar ist.

annehmen sollte. Ueberhaupt findet sich in der ganzen Rede nicht ein Wort der Kritik gegen Deutschlands Haltung. Gegenüber ist die Rede eine einzige Anklage gegen die französische Politik. Auch die Begründung der Ablehnung des Zusatzantrages der Liberalen durch Bonar Law damit, daß Frankreich eine Intervention des Völkerbundes verwerfen und damit die ganze Institution zerschlagen würde, ist eine für Poincaré höchst unangenehme Feststellung.

Daß Bonar Law einen Bruch mit Frankreich, beinahe um jeden Preis und solange es überhaupt noch geht, vermeiden möchte, werden nur diejenigen hier zu Lande bedauern, die sich gegenüber der Entwicklung der Dinge seit fünf Wochen blind stellen. Mag sein, daß die noch ungeklärte Orientfrage auch eine Rolle bei dieser Stellungnahme spielt. Aber die formale Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Frankreich und die latente Drohung mit dem Bruch ist für Poincaré um so unbequemer, als sie der englischen Regierung die Möglichkeit bietet, unter Berufung auf das noch bestehende Freundschaftsverhältnis so vernichtende Anklagereden zu halten, wie die gestrige.

### Das Abstimmungsergebnis.

London, 20. Februar. (WIB.) „Times“ schreiben: Die unerwartet große Regierungsmehrheit von 109 Stimmen sei zum Teil darauf zurückzuführen, daß sich etwa 20 Arbeiterparteilager der Stimme enthielten. Laut „Daily Express“ stimmten Chamberlain, Home und Balfour für die Regierung. „Daily News“ zufolge verläutet von unionistischer Seite, daß die Rückkehr sowohl Chamberlains als auch Hornes auf die Ministerbank bevorstehe, da die Regierung im Augenblick die Unterstützung der vormaligen Minister sehr brauche. Für Lord Robert Cecil werde die Uebertragung eines Regierungsamts allgemein vorausgesehen. „Westminster Gazette“ zufolge hat Cecil Teilnahme an der gestrigen Debatte im Unterhaus zehnjährige Leute, die auf die Unterzeichnung des liberalen Änderungsantrages durch ihn gerechnet hatten, überrascht und enttäuscht. Es verlautet, daß die Regierung sich ungünstig entschlossen habe, ihn zum britischen Vertreter im Völkerbund zu ernennen. Wenn dem so sei, so könne sein Bestreben, sich hinter die Regierung zu stellen, hinter den Änderungsantrag, nicht wunder nehmen. Im „Daily Chronicle“ schreibt ein Parlamentarist (Lloyd George? Red.): Lord Robert Cecil habe sich in erster Linie als konservativer Politiker erwiesen. Das Vertrauen in seine offizielle Verbindung mit dem Völkerbund werde sehr erschüttert werden.

London, 20. Februar. (WIB.) Die Wähler haben den großen Eindruck und Erfolg der mit ungewöhnlicher Frische und Ueberzeugungskraft vorgetragenen gestrigen Unterhausrede Lloyd Georges hervor. „Westminster Gazette“ zufolge findet diese Rede die allgemeine Zustimmung der Liberalen. Es werde jedoch bedauert, daß Lloyd George diese Rede nicht bereits vor zwei Jahren gehalten habe.

Vor Eröffnung der Debatte über den gemeinsamen Antrag der Liberalen und Nationalliberalen wurde Bonar Law um eine Erklärung über die kürzlichen Verhandlungen zwischen England und Frankreich ersucht. Bonar Law lehnte eine Mitteilung ab und sagte nur: Wir haben der französischen Regierung gewisse Vorschläge gemacht, aber ihre Antwort noch nicht erhalten, und ziehen es, solange diese Antwort nicht eingetroffen ist, vor, die Angelegenheit nicht zu erörtern.

### Schwerindustrie und Verhandlungen.

Der Selsenkirchener Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt dem Beschluß des deutschen Kohlenyndikats, sich nicht aufzulösen, eine hochpolitische Bedeutung zu. Er schreibt: „Die Auflösung des Kohlenyndikats wäre für die Franzosen ein schwerer Schlag gewesen, indem aber das Syndikat weiter bestehen bleibt, wird es in den kommenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich eine führende Rolle spielen. Die Tatsache, daß das Syndikat von der Schwerindustrie nicht aufgelöst wurde, zeigt, daß die deutsche Schwerindustrie nicht vom selben Geiste befeuert ist wie die Berliner Presse.“

### Proteststreik in Mainz.

Mainz, 20. Februar. (WIB.) Die Post hat seit heute früh ihren Dienst eingestellt zum Protest gegen die gestern erfolgte Beschäftigung und Ausweisung des Postdirektors Klingeböffer. Diese soll in Zusammenhang stehen mit der vor einigen Tagen erfolgten Auszahlung von Geldern an die Eisenbahner durch die Post. Seit früh 8 Uhr ist auch der Telephonverkehr eingestellt. Wie lange der Proteststreik andauern soll, war nicht zu erfahren. Sämtliche Konten sind geschlossen und verfallen. Die Banken in Mainz haben heute ihren Betrieb eingestellt; wie verlautet, infolge der gestern abend spät erfolgten Beschäftigung eines greifen Direktors der Mainzer Volksbank, die ebenfalls wegen der Auszahlung von Geldern an die Eisenbahner erfolgt sei.

### Die Verkehrsfrage.

Dortmund, 20. Februar. (TU.) Die Betriebslage ist infolge der zahlreichen Störungen außerordentlich schwierig. Auf dem Bahnhof Scharnhorst besteht eine allgemeine Ausfahrsperrung. Ausgenommen sind Lebensmittel, Viehfutter, leere Milchkannen und Vieh. Von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens dürfen keine Züge auf der Strecke Coing-Scharnhorst verkehren. Die Bahnhöfe Nord, Riemke und Präbent bei Bochum sind gestern erneut von französischen Truppen besetzt worden. Bei Riemke wurde ein Zug angehalten und das Juppenspersonal vom Bahnhof vertrieben. Ein Selsenkirchener ist der Telegraphenverkehr seit gestern wieder in Betrieb. In Witten haben die Franzosen einige Fernsprecheinrichtungen beschlagnahmt.



## Steuerpolitik und Ausland.

Jeder Hinweis von sozialdemokratischer Seite auf die vollkommene Unzulänglichkeit und auf die sich immer mehr steigernde soziale Ungerechtigkeit unserer Finanz- und Steuerpolitik wird von industrieller Seite in letzter Zeit mit Vorliebe mit dem sehr billigen Argument zurückgewiesen, daß eine solche Kritik Wasser auf die Mühlen der Poincaréschen Erpressungspolitik sei. In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Wenig Dinge haben Deutschlands Situation im Ausland so erschwert wie die starke Passivität auf dem Gebiete der Steuer- und Finanzpolitik. Es würde ein Verhängnis für Deutschlands außenpolitische Situation sein, wenn die Stützungsaktion zugunsten der Mark nicht mit der größten Energie von energiegelassen Maßnahmen auch auf steuerlichem Gebiete begleitet wird.

Erfreulicherweise kommen gleiche Gedankengänge auch in eine Replik des „Tageblattes“ gegen das holländische Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ zum Ausdruck. Nachdem das Blatt die Berechtigung der scharfen Kritik der deutschen Finanzpolitik durch dieses neutrale und keineswegs deutschfeindliche Organ zu einem Teil anerkannt hat, fährt es fort:

„Auch jetzt ist es zu solchen Währungs- und finanzpolitischen Maßnahmen, die einen Abbau der Inflation vorzubereiten geeignet sind — gerade im Hinblick auf die Ruhrkrise und die zu ihrer Abwehr wünschenswerte Meinung des Auslandes — nicht zu spät. Keineswegs aber darf gerade jetzt die deutsche Regierung von einer finanzpolitischen Passivität eine Stärkung außenpolitischer Interventionsgeneigtheit erwarten. Währungspolitische Maßnahmen allein müssen allerdings nach wie vor unzulänglich bleiben.“

Bisher hat sich bei allen Beratungen in den Ausschüssen des Reichstages gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien den Ernst der Aufgabe absolut nicht erkannt haben. Mit kaum zu überbietender Kurzsichtigkeit ist ihr einziges Bestreben immer wieder darauf gerichtet gewesen, Erleichterungen und immer wieder neue Erleichterungen auf steuerlichem Gebiete — natürlich nur für die großen Zahler — durchzuführen. Eine solche Politik muß in ihrer Konsequenz zum Zusammenbruch der augenblicklichen Stützungsaktion führen. Die Katastrophe würde ungeheuren Umfang annehmen. Es gilt für Deutschland wie für jeden anderen: „Arzt, hilf dir selber“. Auf Unterstützung des Auslandes kann Deutschland in seinem Kampfe gegen den französischen Imperialismus nur dann rechnen, wenn es im eigenen Hause Ordnung schafft. Macht man nicht einmal den Versuch dazu, dann kann man nicht erwarten, daß im Ausland die Reizung zur Unterstützung Deutschlands zunimmt.

## Das andere Frankreich.

In einem höchst instruktiven Artikel schildert der Pariser Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“, Paul Bloc, die beginnende Wandlung in Frankreich:

„Diese Wandlung bereitet sich langsam im Volke vor und sie wird von einer kleinen Gruppe politischer Persönlichkeiten beobachtet, die sich vorläufig ganz zurückhält und auf ihre Stunde wartet. Ein halbes Duzend von Männern, die keine Kommunisten und keine abgetrennten Freunde Deutschlands sind. Aber Männer, die ein Unglück für Frankreich nahe sehen, weil sie einen Ueberblick über die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge haben, durch welche die Völker Europas unlösbar miteinander verbunden werden.“

Zum Schluß zieht Herr Bloc aus seinen Beobachtungen über die Stimmung in Frankreich folgende Konsequenzen für Deutschland:

„Durch keine Provokation dürfen wir Deutschen uns zu Gewalttaten verleiten lassen, die uns die Meinung der Welt entfremden können. Brutalität und Unrecht müssen auf der anderen Seite bleiben. Zum zweiten: Die Arbeiter der Ruhr haben sich um Deutschlands Ansehen ein Verdienst erworben, das niemals vergessen werden darf. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und

Arbeitnehmer, wie es die Rot geschaffen hat, muß die Tage der Not überdauern. Die Versuche der französischen Presse, den Keil zwischen Bürger und Arbeiter Deutschlands zu schieben, müssen verhindert werden. Zum dritten: Wenn es auch selbstverständlich nicht möglich ist, daß Deutschland um Verhandlungen ersucht, solange deutsches Land widerrechtlich besetzt ist, wir dürfen keine Vermittlung dritter Mächte zurückweisen, wenn sie ehrlich gemeint ist.“

Man wird insbesondere der dritten Schlußfolgerung besondere Beachtung schenken müssen.

## Poincarés Ausschufrede.

Paris, 20. Februar. (WZB.) Nach der gestrigen Sitzung haben Mitglieder des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Agence Havas zufolge über die Ausführungen Poincarés noch folgende Mitteilungen gemacht:

Poincaré teilte der Kommission ausführliches statistisches Material über die deutsche Kohlenproduktion mit: die Franzosen und Belgier kontrollierten neun Zehntel der deutschen Produktion. Poincaré sprach dem General Degoutte hohes Lob aus und erklärte, es sei keine Rede davon gewesen, ihn durch eine andere Persönlichkeit zu ersetzen. Es komme nicht in Betracht, daß die Besatzungsmächte selbst das Ruhrgebiet ausbeuten; ihre Aufgabe bestehe ausschließlich in einer Kontrolle. Diese Aufgabe sei 60 Ingenieuren, in der Mehrzahl Franzosen, anvertraut. Einige freiwillige englische Ingenieure würden erwartet. Als Antwort auf die Sabotageakte habe man

233 höhere Beamte des Ruhrgebiets und 55 des Rheinlandes ausgewiesen;

sie seien durch Beamte niederen Ranges ersetzt worden, weil sie nicht durch französische Beamte ersetzt werden dürften. Vor der Besetzung des Ruhrgebiets hätten dort täglich 585 Personen- und 620 Güterzüge verkehrt, heute seien es infolge des durch die Berliner Anweisungen verursachten Wirrwarrs nur im ganzen 70 täglich. Aber es seien seit dem Beginn der Besetzung bereits Fortschritte erzielt worden und man dürfe annehmen, daß sie in ziemlich kurzer Zeit sich beschleunigen würden. Es habe im Ruhrgebiet 40 000 und im Rheinland 120 000 Eisenbahner gegeben, Frankreich habe nur 9640 hingeschickt; es gebe im besetzten Gebiet überhaupt kein französisches Material.

Bis jetzt seien von den Besatzungsbehörden 1026 Waggons Kohle nach Frankreich und Belgien expediert worden. Im Anschluß hieran sprach Poincaré über die schwebenden Verhandlungen mit der englischen Regierung betreffend die Durchfuhr durch die englische Besatzungszone.

Poincaré wird sein Exposé über die Ruhrbesetzung am Montag vollenden und alsdann über Lausanne und die französische Orientpolitik sprechen. Sollte er in dieser Sitzung mit seinen Ausführungen nicht zu Ende kommen, so wird der Ausschuß am darauffolgenden Mittwoch wieder zusammentreten.

## Voreiliges Lob.

Paris, 20. Februar. (WZB.) In dem amtlichen Communiqué über die gestrige Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten heißt es zum Schluß: Der Vorsitzende des Ausschusses, Pengués, habe von den „klugen und besten Methoden“ gesprochen, die die Regierung angewendet hätte, um die französischen Interessen zu schützen. André Lardieu erklärt in seinem „Echo National“, er respektiere das Versprechen, nichts über die Erklärungen des Ministerpräsidenten zu veröffentlichen, aber er müsse feststellen, daß der Vorsitzende kein Wort dieser Art gesprochen habe. Er habe von dem Ausschuß kein Mandat dieser Art erhalten, wie es das offizielle Communiqué glauben machen wolle, und der Ausschuß habe weder die Methoden anerkannt noch qualifiziert, denn das Exposé sei noch nicht beendet. Die Ergebnisse seien also bis jetzt dem Urteile der Ausschußmitglieder noch nicht unterbreitet worden. Der Vorsitzende Pengués sei es also gewesen, der ein Urteil abgegeben werde, das nur ihm allein verpflichte. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten habe ihm nicht beauftragt, es zum Ausdruck zu bringen.

Paris, 20. Februar. (Eco.) „Depute“ berichtet: Als die Journalisten Poincaré vor dem Quai d'Orsay über Einzelheiten aus der Kommissionssitzung ausfragten, rief Poincaré ihnen zu: „Woher wissen Sie das?“, und zwar mit dem Ausdruck eines schlecht verhehlten Jarnes. „Von der Kommission selbst“, antworteten die Journalisten. Poincaré entgegnete hierauf: „Wenn das wahr ist, werde ich nicht vor die Kommission zurückkehren. Es war vereinbart worden, daß außer dem Communiqué nichts veröffentlicht werden sollte. Nein, ich werde nicht vor die Kommission zurückkehren!“

Heute flucht Nachbar Bäder immer noch: Schweinerei, eisdene Börsenmaße, Verrat am Mittelstand, höre ich es aus seiner Wohnung weitem.

Morgen wird er weiter spekulieren. Das Kursniveau seiner Aktien entscheidet, wer bei den Wahlen auf seine Stimme zählen kann.

So ist der Horizont der Geschenkten.

Bauer und Arzt. In der „Münchener Medizin. Wochenschr.“ werden einige charakteristische Geschichten aus der Bauernpraxis eines schwäbischen Arztes erzählt:

Der alte Kreuzhofbauer ist gestorben. Behandelt wurde er in seiner letzten Krankheit nicht, aber zur Leichenschau braucht man mich. Dabei klagt mir die junge Kreuzhofbäuerin, des Verstorbenen Tochter: „Mei Gott! Viel hat er no seiba müssa, der guate alte Vater.“ — „Warum haben Sie mich nicht rufen lassen, um seine Schmerzen zu lindern?“ — „Was?“ — „Wooga am alta Ma, deom sei Bewde so schon auf d'Roig' gaul, heut so an tuira Dokt'r hola? Was moinet Ihr denn?“ — „Eoi!“ — „Ja!“

Aber a ganze Seite standesgemäher Traueranzeige von der „untröstlichen“ Tochter ist im Blättle g'landen und a schöne, tuira Leich mit Ruß hat's graba. Ueber 100 Personen sind auf'm Beichamaul g'wesa. D' Kreuzhofbaura hat an naja Trauermantel kauft um zwaimalhundertzuziggläubend Mark. Reil' hat's Mill'geld von am halba Monat.

Zweispännig kommt der Oberhofer während der Sprechstunde angefahren. „Rei Bua hat scho 14 Tag Bauchweah. Heut g'soll'r mir nimma. Gehert nur glei mit!“

Dort angekommen, finde ich einen zehnjährigen Jungen in Agonie. Schwere Blinddarmentzündung.

Der Junge wäre leicht zu retten gewesen. Jetzt ist's zu spät, und keine Klinik der Welt könnte hier mehr helfen. Warum rufen Sie mich so spät? — „Ja, weaga am Bandweh holt ma doch heit kein so tuira Dokt'r.“

Dabei hat der sparjome Mann vor einigen Tagen einen Teil seines Weizens um 1½ Millionen verkauft. Rückweid nimmt er jeden Monat viele Hunderttausend ein, und seine Banknoten hat er listenweise unter seiner Bettdecke stehen.

Die Eröffnung des Oldenburg Museums. In Oldenburg wird in einigen Tagen das neue Vandesmuseum eröffnet werden, das Dr. Müller-Budow durch Vereinigung verschiedener Sammlungen in den Räumen des ehemaligen großherzoglichen Schlosses geschaffen hat. Wie in der „Kunstchronik“ mitgeteilt wird, werden in diesem neuen Museum auch bedeutende Neuerwerbungen aufgestellt werden, die hauptsächlich das Kunstgewerbe umfassen. Eine große Anzahl von Empiremöbeln wurde zur Ausstattung der klassizistischen Räume gekauft, in denen u. a. die Idallen und Wandbildnisse Wilhelm Fischbeins in zeitgemäßem Rahmen aufgestellt werden. Die keramische Abteilung erhielt reichen Zuwachs, besonders auch durch wichtige chinesische und deutsche Porzellane. Für die Gemäldegalerie wurden verschiedene Arbeiten hervorragender oldenburgischer Künstler angekauft, sodann Werke der

Was wissen Sie denn? Darauf antworteten die Journalisten: „Die Zahlen der Besatzungsgruppen, die Anzahl der Transportarbeiter, die Zahlen der Waggons Kohle...“ „Sie sind falsch“, schrie Poincaré, „ich habe keine Zahlen genannt.“ Mit diesen Worten drehte er den Journalisten den Rücken und sprang in seinen Wagen.

Paris, 20. Februar. (Eco.) Die „Ere Nouvelle“ schreibt zu den Erklärungen Poincarés im Kammerauschluß: Es ist vor allem hervorzuheben, daß Poincaré endgültig auf die Ausbeutung des Ruhrgebietes verzichtet zu haben scheint und nur noch von der bloßen Kontrolle der Ruhrprodukte spricht. Aus den Erklärungen Poincarés geht aber gleichzeitig hervor, daß die Produktion im Ruhrgebiet zurüdgegangen ist. Wir kontrollieren somit eine Unterproduktion und spielen deshalb

## eine lächerliche Rolle.

Poincaré zähle ohne Zweifel auf ein baldiges Verlassen der Berliner Regierung. Wir wünschen dies auch, aber wir fürchten, daß unsere Regierung sich dabei von übertriebenem Optimismus leiten läßt. Es ist zum mindesten unvorsichtig, unseren Wiederaufbau und unser Prestige an eine Kapitulation oder Rückkapitulation Deutschlands zu binden. Wenn jedoch der deutsche Widerstand sich fortsetzen sollte und wir gezwungen werden, auf die Ausbeutung des Ruhrgebietes zu verzichten, so wird unser Budget mit einer erschreckenden neuen Last belegt werden. Der französische Steuerzahler wird dann letzten Endes den Schaden zu tragen haben. Hier liegt die Schwäche des gewogenen Zwangssystems ein, das Poincaré an der Ruhr begonnen hat.

## Die Kosten der Ruhrkrise.

Paris, 20. Februar. (WZB.) Der Finanzminister wird heute dem Ministerrat den Entwurf einer ergänzenden Kreditforderung für die Besatzungskosten im Ruhrgebiet während der Monate Januar und Februar unterbreiten und ihn, wenn er die Zustimmung des Kabinetts findet, in der Kammer einbringen. Havas glaubt zu wissen, daß die verschiedenartigen Ausgaben, die der Entwurf berücksichtigt, zum größten Teile auf das Budget der von Deutschland zu erlegenden Ausgaben übernommen werden könnten. (1) Es handle sich 1. um 5 Millionen für einmalige Ausgaben in der Vergangenheit und Zukunft für verschiedene Zivilmissionen, 2. um einen militärischen Kredit von 50 Millionen für die Beförderung und den Unterhalt der französischen Truppen im Rheinland und im Ruhrgebiet. Von diesen 50 Millionen seien 15 abzuziehen, die dieselben Truppen im Heimatlande gelostet hätten und die auf ein anderes Kapitel übernommen würden, 3. um 60 Millionen für das Eisenbahnbudget der besetzten Gebiete, die sich verteilen auf Ausgaben für Betriebsmittel, Inbetriebnahme und laufende Betriebskosten requirierter Strecken. Die künftigen Ausgaben sollen auf das ordentliche Budget übernommen werden.

## Drohung mit der Ruhrwährung.

Paris, 20. Februar. (Eco.) Der „Matin“ meldet: Im Laufe der Ministerkonferenz, die gestern abend, wie alltäglich, auf dem Quai d'Orsay stattfand, hörten Poincaré und dessen Mitarbeiter einen Bericht des Präsidenten der Rheinlandskommission Lirard und des Finanzinspektors Schweisgut (?) über die Währungsfrage an, doch könne man nicht sagen, daß die Einführung einer neuen Währung im Rheinland zu den Plänen der Alliierten gehöre. Diese Maßnahme würde indes notwendig werden, wenn der deutsche Widerstand hierzu nötigen sollte.

## Belgische Bilanz.

Unser Brüsseler Parteiorgan, der „Peuple“, zieht in seiner Sonntagsnummer folgende Bilanz der ersten fünf Wochen der Ruhrbesetzung für Belgien:

Ein allgemeines Steigen der Preise für die notwendigsten Artikel, das sich zwischen 10 und 20 Proz. bewegt. Statt monatlich 140 000 Tonnen Kohle umsonst zu bekommen, haben wir 35 000 Tonnen erhalten, die wir bezahlen müssen. Die Hüttenindustrien haben keinen Roks mehr und drohen, die Hochöfen auszublösen. Die Arbeit in den Raifbrennerien ist schon um 75 Proz. eingeschränkt; demnächst werden die Betriebe ganz schließen. Im Hafen von Antwerpen, wo es im Durchschnitt 900 Arbeitslose gab, werden jetzt täglich 2200 bis 2700 gezählt. Die Delegierten des industriellen Zentralkomitees haben dem Ministerpräsidenten Theunis gebeten, das Gesetz über den Achtstundentag in den Bergwerken aufzuheben.

Soweit die im „Peuple“ aufgestellte Bilanz. Sie beweist, daß auch im Wirtschaftskrieg beim Sieger wie beim Besiegten das Proletariat die Kosten zu bezahlen hat.

## Die Geschenkten.

Von Hans Bauer.

Nachbar Bäder spekuliert.

Als der Dollar vor drei Wochen auf 50 000 stand, kopfte Nachbar Bäder: mir schmandelnd auf die Schulter, kniff die Augen zusammen, nickte lächelnd mit dem Köpfchen und sagte, wie er vor Tage und Tag gesagt hatte, daß England und Frankreich auf dem allerletzten Nothilfe pfiffen, mit eben dieser Siegesgewißheit: „Er kommt auf 100 000!“

Sch erwiderte, das sei schlimm genug.

Audartig legte er Bekümmertheit auf seine Miene und übertrumpfte mich: Sehr schlimm sogar sei es. Nicht etwa, daß ich denken sollte, er künfte das so. Um Gotteswillen! Aber gegen das Schicksal könnte doch schließlich auch er nicht ankämpfen. Jedenfalls sei er noch eingestiegen. Häpirt dürfe als zurückgeblieben angesehen werden, und bei Stütz winkte das Bezugsrecht.

Als der Dollar auf 40 000 zurückging, kam das für Nachbar Bäder so wenig überraschend, wie damals das Ausbleiben des sofortigen Anstiegs Frankreichs geeignet gewesen war, ihn von der Unrichtigkeit seiner Meinung zu überzeugen. Das sei ein kleiner Rückschlag, der in Kauf genommen werden müsse. Oder, ob ich etwa glaube, daß die Franzosen wieder aus dem Ruhrgebiet zu bringen seien?

Es schien ihm wohl, daß ich eine bestimmte Frage auf den Lippen habe und er nahm die Antwort deshalb gleich vorweg: Das Verhalten der Franzosen mißbillige er natürlich aufs äußerste und er habe 7500 M. für die Ruhrhilfe gegeben, aber der Dollar müsse weiter steigen, solange die Franzosen deutsches Land vergewaltigen. Er habe sich darum noch eine Anzahl Nordwolle hingelegt. Die seien unterwertig.

Seit ein paar Tagen ist Nachbar Bäder zertrümmert.

Ueber ihn, der mit seinem reichen Wissen um die Entwicklung der Dollarkurve in Gestalt eines Multimillionärs über das Getraue der Nicht-Spekulanten zu kommen gedachte, sind Mächtiger gekommen. Ueber den Wolf die Tiger.

Es gibt die Armseligen, die nichts vom Dollar wissen.

Und es gibt die großen Operateure, die die Drähle halten.

Und es gibt die zwischen den Polen. Es gibt jene, die nippen und auch einmal trinken und denen der Trog plötzlich vor der Nase weggezogen wird. Jene, die das Ähnen haben, aber nicht das Wissen. Es gibt die Geschenkten. Sie großen nicht den Drählen, sondern der Drahtführung, nicht den Operateuren, sondern ihrer Fingerhaltung.

neuesten Kunst. Arbeiten Hedels und Schmidt-Rottluffs stammen aus der Zeit, da sie in Dangost schufen, und sind daher für Oldenburg von besonderem Interesse.

Warum stinkt die Wanze? Der Mensch, der sich ja so gern für das Maß aller Dinge hält, findet den Geruch der Wanze besonders ekelhaft und glaubt daher, daß diese Eigenschaft des unappetitlichen Tieres eine Art „Schugestank“ sei, der die anderen Lappe davon abhalte, die Wanzen zu fressen. Die Berechtigung dieser Annahme ist nun in verschiedenen Beobachtungen unterjucht worden, über die in der „Linschau“ nach einem Bericht Franz Reiteringens Mitteilung gemacht wird. Es zeigt sich dabei, daß der Mensch nicht vorzillig von sich auf andere Beweisen schließen darf. Herrlich schon unter den Menschen selbst Meinungsverschiedenheit darüber, ob ein Geruch gut oder schlecht sei, so ist das Geruchsempfinden der Tiere von dem unferen in wesentlichen Dingen abweichend. Während wir uns vor einem Kas oder einer Stintweidherl angeekelt abwenden, besitzen diese Dinge für Käsefliegen, Mistfäfer usw. eine hohe Anziehungskraft. Ueberdies gibt es auch eine Anzahl Wanzen, die für den Menschen angenehm duften und den Geruch der Bett- und Beerenwanzen nicht teilen. Diese wohlriechenden Wanzen duften zum Teil abstrakt, zum Teil nach Roschus. Für die Frage, ob der Geruch der Wanzen Insektenfresser von ihrer Vertilgung abhält, ist die Kropf- und Regenunterjuchtung verschiedener Insektenfresser maßgebend. Dabei stellte sich heraus, daß sich unter der Nahrung der Insektenfresser soziale Wanzen finden, wie es ihrem Verhältnis zu den übrigen Insektenarten entspricht, und zwar sind gerade die uns überjuchenden Wanzen stark vertreten. Die Tiere lassen sich also durch den Geruch keineswegs abhalten, sondern scheinen darin sogar einen besonders begehrten Reiz zu finden. Jedenfalls ergibt sich, daß der Gestank für die Wanze keinen Schutz im Kampf ums Dasein darstellt. Was die Stinkdrüsen der Wanzen aber für einen „Zweck“ haben, das ist uns, wie so manches andere im Reiche der Natur, noch ein unentdecktes Geheimnis.

Im Neuen Volkstheater muß infolge der Erkrankung einer Hauptdarstellerin die Premiere von „Kaiser Vamp“ verschoben werden. Am 21. und 22. (nachmittags) wird Michael Kramer, am 23. und 24. (abends) Die Kunde des Reiches, Der Reife als Uebel, am 23. und 24. Zardannapal gespielt.

Erweiterung der Berliner technischen Hochschule. Die alle militärtechnische Akademie in der Rosenthalstraße kann nun endlich für die Technische Hochschule übernommen werden. Die Räume werden für Hochjulgewebe umgebaut.

Fredéric Masson, lebenslänglicher Sekretär der französischen Akademie, ist im Alter von 76 Jahren in Paris gestorben. Er war Bonapartist und Historiker, was bei ihm beides war. Er legte — ein mächtiger Epigone — den napoleonischen Gedenkstiftung fort, indem er die Unterjucht und Nachkommen seines Halbbrüders und seiner Angehörigen durchjuchtete.

Tokios Untergrundbahn. Die japanische Großstadt Tokio, die mit ihren drei Millionen dicht aneinander gedrängten Einwohnern noch ganz ohne moderne Verkehrsleistungen ist, wird jetzt eine Untergrundbahn erhalten. Der Vertrag zur Anlage ist mit einer New Yorker Gesellschaft abgeschlossen. Die Kosten werden auf 40 Millionen Dollars veranschlagt.



# Stärkt den Abwehrkampf!

Dortmunder Gewerkschaftsforderungen.

Dortmund, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Funktionäre der freien Gewerkschaften, Ortsrat der Dortmunder, nahmen am Dienstag in einer stark besuchten Versammlung u. a. zur gegenwärtigen politischen Lage Stellung. Die Auffassung der Funktionäre wird in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, in der es u. a. heißt:

Von der Reichsregierung wird gefordert, daß durch geeignete Maßnahmen die Abwehrkraft der Arbeiterschaft erhalten, ja gestärkt wird. Die bisherigen Maßnahmen der Reichs- und Landesregierung wie der unteren Verwaltungsbehörden genügen nicht. Das Abwälzen der Steuerlasten auf die Schultern der Lohn- und Gehaltsempfänger muß aufhören. Die Besitzenden sind entsprechend ihrem Reichtum und Einkommen zu Steuerabgaben heranzuziehen. Die zu zahlenden Steuern müssen sofort reiflos gezahlt werden. Die preistreiberischen Maßnahmen sind scharf zu bekämpfen. Von der Verbraucherschaft wird erwartet, daß sie im Kampfe gegen den Wucher nicht absetzt und jedenfalls die preistreiberische Zurückhaltung der Waren zur Erzielung größeren Gewinnes zur Anzeige bringt. Die katastrophale Geldentwertung und Teuerung trifft die Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie die Sozialrentner am schwersten. Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die Teuerung ist dringend erforderlich.

Die Arbeitslosigkeit infolge Einstellung von Betrieben und Stilllegung von Bauxen nimmt größeren Umfang an. Die Unternehmer, Geschäftsinhaber und Behörden haben die Pflicht, das Personal auch dann weiter zu beschäftigen, wenn der Gewinn geringer wird. In der Zeit der Not wird erwartet, daß alle Kreise des Volkes, namentlich die Unternehmer, Opfer bringen. Werden Arbeiter arbeitslos, dann ist die Arbeitslosenunterstützung der Teuerung entsprechend zu zahlen.

Nach wie vor wehren sich die freien Gewerkschaften gegen den ökonomischen Nationalismus. Schärfster Kampf gegen jeden Versuch, den Abwehrkampf gegen die Invasion in nationalistische, deutschsozialistische, faschistische Bahnen zu lenken! Von den Behörden wird gefordert, daß das Anheften von nationalistischen, deutschsozialistischen Plakaten und Flugblättern verboten wird. Verfassler und Verbreiter sind festzuhalten.

Maßnahmen, durch die das deutsche Volk vor Vereinerung und Untergang gerettet und der Abwehrkampf gegen die Invasion gesteigert wird, werden wellestgehend unterstützt.

## Die englisch-französischen Verhandlungen.

London, 20. Februar. (G.) Die englischen Truppen begannen gestern die Bahnlinie von Neuchâtel nach Düren zu räumen, und die Franzosen begannen bereits mit den Transporten französischer Eisenbahnen. Zwischen den Generalen Bayot und Gollay werden die Besprechungen fortgesetzt, um über die übrigen von Frankreich geäußerten Wünsche zu einem Einvernehmen zu gelangen. Das englische Kabinett steht immer noch auf dem Standpunkt, daß es die von Frankreich gewünschten Zugeständnisse nicht machen könne. Frankreich soll nur weiter das Recht behalten, auf den drei Bahnstrecken, die sich im Kölner Besatzungsgebiet befinden, täglich einen Besatzungszug und einzelne Waggons mit Truppen verkehren zu lassen. Aber über die Anzahl dieser Waggons bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. Unmittelbar vor der Ruhrbesetzung benutzte Frankreich nämlich die Kölner Eisenbahnen in ausgedehntem Maße, um die Truppennachschübe in das Ruhrgebiet durchzuführen. Es möchte nun diese Linien in demselben Maße benutzen wie damals vor dem 11. Januar, während England auf dem Standpunkt steht, dies sei ein Ausnahmezustand gewesen, und es sollten nur soviel Waggons in Anspruch genommen werden, wie bis Ende 1922 benutzt wurden. Hierüber sollen noch weitere Besprechungen stattfinden.

Der französische Botschafter St. Aulaire begab sich gestern in das Foreign Office und teilte dem Unterstaatssekretär Sir Eyre Crowm mit, daß Poincaré die Abmachungen, die zwischen den Generalen Bayot und Gollay getroffen wurden, prinzipiell übernehme, doch müßten noch wegen der drei Eisenbahnlinien im Kölner Gebiet neue Verhandlungen gepflogen werden, um alle Einzelheiten zu regeln.

Offiziell wird mitgeteilt, daß dem englischen Kabinett bisher keinerlei Nachricht zuzugang, ob Poincaré demnächst nach London zur Erörterung der Ruhrfrage kommen werde.

## Ausdehnung der französischen Besetzung.

Köln, 20. Februar. (M.T.B.) Gestern abend 8 Uhr haben die Engländer die Bahnhöfe Harff, Bedburg und Disdorf geräumt, die alsbald von französischen Truppen besetzt wurden. Damit ist die Linie Neuchâtel-Düren ganz in französische Hände übergegangen. Die Eisenbahner der neuesten Bahnhöfe haben es abgelehnt, unter französischer Oberhoheit zu arbeiten, und sind deshalb von den Bahnhöfen vertrieben worden.

## Neue Truppen ins Einbruchgebiet.

Trier, 20. Februar. (M.) Seit Sonntag werden wieder starke Truppenkontingente nach der Ruhr beabachtet. 15 Militärszüge mit Tanks, Artillerie usw. kam an einem Tag vorbei.

## Eine mißglückte Geldbeschlagnahme.

Koblenz, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Französische Gendarmen drangen in das hiesige Hauptzollamt ein und verlangten Geld und die Kassenschlüssel. Dem Zollsupernumerar Wanderscheidt gelang es, fünf Millionen Mark zum Fenster hinauszuerwerfen und den Kassenschlüssel zuzuschlagen. Ein anderer Zollbeamter, der sich draußen aufhielt, fing das Geld auf und brachte es in Sicherheit. Die Franzosen, die hierüber sehr aufgebracht waren, schlugen mit Häufeln auf Wanderscheidt ein und schleppten ihn gefesselt ins Gefängnis.

## Devisenkurse.

|                              | 20. Februar         |                        | 19. Februar         |                        |
|------------------------------|---------------------|------------------------|---------------------|------------------------|
|                              | Käufer (Reichsmark) | Verkäufer (Reichsmark) | Käufer (Reichsmark) | Verkäufer (Reichsmark) |
| 1 holländischer Gulden       | 9102.18             | 9147.82                | 7880.87             | 7880.88                |
| 1 argentinische Papier-Peso  | 8528.02             | 8571.98                | 7331.62             | 7331.63                |
| 1 belgischer Franc           | 1236.00             | 1243.10                | 1047.37             | 1053.93                |
| 1 norwegische Krone          | 4514.18             | 4335.82                | 3690.75             | 3709.25                |
| 1 dänische Krone             | 4438.87             | 4461.13                | 3790.50             | 3809.50                |
| 1 schwedische Krone          | 6184.50             | 6215.50                | 5361.51             | 5283.10                |
| 1 finnische Mark             | 629.42              | 631.58                 | 543.03              | 548.37                 |
| 1 japanischer Yen            | 11072.25            | 11127.75               | 9546. —             | 9624. —                |
| 1 italienische Lire          | 1122.18             | 1127.82                | 947.62              | 952.38                 |
| 1 Pfund Sterling             | 10797.87            | 10850.13               | 92767.50            | 92823.50               |
| 1 Dollar                     | 23191.87            | 23308.13               | 19800.37            | 19839.63               |
| 1 französischer Franc        | 1406.47             | 1418.53                | 1192.01             | 1197.99                |
| 1 brasilianischer Milreis    | 2618.43             | 2681.57                | 2224.37             | 2255.63                |
| 1 Schweizer Franc            | 4564.06             | 4685.94                | 3715.63             | 3734.37                |
| 1 spanische Pesta            | 5640.87             | 5659.13                | 3117.18             | 3132.82                |
| 100 österr. Kronen (abgest.) | 53.41               | 53.59                  | 24.17               | 24.33                  |
| 1 tschechische Krone         | —                   | —                      | 593.90              | 594.10                 |
| 1 ungarische Krone           | 8.57                | 8.63                   | 7.33                | 7.37                   |
| 1 bulgarische Sewa           | —                   | —                      | 117.45              | 118.05                 |
| 1 jugoslawischer Dinar       | —                   | —                      | 191.52              | 192.52                 |

# Brot — nicht Geld!

„Sie sind sehr gütig, aber was soll ich mir dafür kaufen?“, sagte der Bettler, als ich ihm einen 5-Mark-Schein durch die Tür reichte. „Bitte, geben Sie mir lieber ein Stück Brot!“ Nicht an meiner Geldbeutel, der so schmal ist, dachte der in mittleren Jahren stehende Mann. Auf wirklichen Hunger berief er sich. Brot! Das brauche ich selbst so nötig. Jede Stulle ist zugemessen, jede kostet unbestritten 30 R. und mit Fett mehr als das doppelte. Täglich wird der Schmachtkrieger enger gezogen. Von drei Brotschnitten zum Abendessen bin ich schon auf zwei heruntergegangen. So wie mir, ergeht es vielen Tausenden, die verachtet gar nicht merken lassen, wie sie sich füttern. Kann man da jedem Bettler, der Vertrauen erweckt, ein Stück Brot geben? Viele könnten es. Die tun es nicht. Den anderen mit dem Herzen aus dem rechten Fleck ist es oft unmöglich. Ich gab ihm zu dem Papierchein auch noch das Bogenbrot. Wir kamen ins Gespräch über das Betteln. Ja, er verstand das Betteln der Leute. Früher hatten die Bettler, die gewerbsmäßigen, die Schmalzstulle so oft an die Tür geklopft oder das gemahlte Brot an den Droschkentürschloß verkauft. Da war es ihnen nur um Geld zu tun, um jeden Sechser. Heute hat das Papiergeld für den Bettler keinen Lebenswert. Er nimmt es, um sich ein Obdach zu kaufen. In der elendesten „Penne“, im Massenquartier der Jertumpfen, kostet das Nachtlager nicht unter 100 R. Brot oder einen warmen Kaffee kann er sich nur selten kaufen. Ja, wenn es immer fünf, oder zehn Marktscheine wären, die man mißgerig gibt! Die meisten Lären werden geräuschvoll und ärgerlich zugeschlagen. Die wenigen Gebessenen geben nur ganz kleine Scheine. Das hat die gewerbsmäßigen Bettler, die vom Bettel allein nicht mehr leben können, zum größten Teil auf andere Bahnen getrieben. Die Wehrzahl derer, die noch die Häuser abklappern, ist in wirklicher, graufiger Not und trotzdem ist ihre Zahl so groß, daß es auch mildtätigen Beuten unmöglich wird, von sich aus helfen zu können. Nur eine Besserung der wirtschaftlichen Lage wird die Zahl der Bettler vermindern.

## Güterverkehr auf der Straßenbahn.

Seit langem arbeitet die Straßenbahn daran, ihren Betrieb auch für den Güterverkehr am Tage einzurichten. Eine ganze Reihe technischer Versuche zur Herstellung entsprechender Kollbocks, Fahrgestelle usw. hatten bis jetzt zu keinem rechten Ergebnis geführt. Auf Grund von Verhandlungen mit interessierten Spediturkreisen ist jetzt ein Fahrgestell probeweise hergestellt worden, das der Beförderung großer Güterrollwagen dienen soll. Wenn die Verhandlungen mit den Interessenten zu einem günstigen Ergebnis führen, wird es wahrscheinlich in absehbarer Zeit möglich sein, der Straßenbahn auch durch den Güterverkehr — wenn auch nicht sehr bedeutende — Einnahmen zuzuführen. Wahrscheinlich wird dazu die Bildung einer eigenen Verkehrsorganisation aus den beteiligten Interessentenkreisen notwendig sein, die die Verteilung und Zuführung von Gütern in die Hand nimmt. Einzelheiten sind aber auf diesem Gebiet noch nicht festgelegt. Hoffentlich gelingt es, die Vorarbeiten in absehbarer Zeit zum Abschluß zu bringen.

Für die Stadt würde eine Ausnutzung der Straßenbahn für den Speditionsvorteil außer dem finanziellen Vorteil einer erhöhten Rentabilität der Straßenbahn auch noch den Vorzug haben, daß die starke Abnutzung der Straßen durch den schweren Rollwagenverkehr um ein bedeutendes eingeschränkt werden könnte. Daß das unter Umständen eine bedeutende wirtschaftliche Entlastung ist, liegt auf der Hand. Sowie die Frage einigermaßen spruchreif wird, werden wir über die Einzelheiten berichten.

## Das junge Mädchen am Nebentisch.

Ein Abenteuer in der Weihnachtsnacht. Am letzten Weihnachtsgabend war der Kaufmann J., ein nicht mehr ganz junger Mann, einam und allein in seiner Wohnung. Seine Frau befand sich auf Reisen. Um der Einkamkeit und den trüben Gedanken zu entgehen, begab sich Herr J. in das Café Weiß am Hauptbahnhof und traf dort, der fernem Gattin gedenkend, eine Flasche Rotpoh. Da bemerkte sein hummervolles Auge an einem Nebentisch ein junges Mädchen, das ebenfalls in recht eleganter Stimmung war, und bald fanden sich die gleichgestimmten Seelen zu einer zweiten Flasche zusammen, der dann noch mehrere folgten. In weitestlicher besserer Stimmung machte schließlich der Kaufmann der jungen Dame, die ihm so nett über den angeregten Abend hinweggeholfen hatte, den Vorschlag, in seiner Wohnung noch eine Tasse Tee zu trinken. Da entsann sich die schöne Unbekannte, daß das eigentlich nicht schicklich sei, da sie doch verlobt sei und schon einen Bräutigam habe. Diesem leiblichen Kniff machte J. dadurch ein Ende, daß er auch den Bräutigam, der während der ganzen Zeit an einem Nebentisch gesessen und über den bisherigen keinen Seitenblick der „Braut“ sich nicht sonderlich erregt gezeigt hatte, ebenfalls zu einem Gläschen Likör in seine Wohnung einlud. Das „Brautpaar“ begleitete den Kaufmann in seine Wohnung und man sah lange Zeit beisammen. Schließlich bot Herr J. dem „Brautpaar“ Obdach in seiner Wohnung an. Der Bräutigam begnügte sich mit einem schlichten Bogen in dem Wohnzimmer, der Kaufmann begab sich mit dem Mädchen in das eheliche Schlafzimmer. Das Mädchen begab sich aber noch einmal zu ihrem Verlobten, und als sie wiedertam, erklärte sie, sie müsse sofort die Wohnung verlassen. Hernach zeigte sich die Beförderung, denn der Kaufmann stellte fest, daß seine Gäste allerlei, so z. B. die goldene Uhr, die Brillen, Silberzeug usw. hatten mitgehen lassen. Die Polizei stellte fest, daß der Bräutigam vom Weihnachtsgeliebten ein den Behörden wohlbekannter Dieb namens Simon Baumwoll aus Werdau war. In der Gerichtsverhandlung behauptete der Angeklagte stolz und fest, er selbst habe nichts gestohlen, sondern seine „damalige Braut“, von der er aber weder Namen noch Adresse kenne. Das Gericht konnte den Beweis dafür, daß Baumwoll mit dem Mädchen zusammengearbeitet habe, nicht erbringen und so mußte der Angeklagte denn schließlich freigesprochen werden.

## Warnung für Argentinienwanderer.

Wir veröffentlichen vor kurzem den Brief einer Berlinerin, die in Los Angeles eine neue Heimat gefunden hat und in dem die Zustände in jenem Winkel Amerikas recht rosig geschildert wurden. Wir verfehlten nicht, darauf hinzuweisen, daß dieser Brief die ersten Eindrücke, die die Schreiblerin dort empfangen hatte, widerspiegeln und daß sie nach einiger Zeit auch dort mancherlei Mängel entdecken würde. Nun geht uns ein Brief aus Buenos Aires zu, der eine dringliche Warnung an Auswanderlustige, die nach Argentinien gehen wollen, enthält. Wir geben im folgenden den wesentlichsten Inhalt des Schreibens vom 29. Dezember 1922 wieder:

„In deutschen Zeitungen wurde mitgeteilt, daß deutsche Gärtner hier in Argentinien gute Aussichten auf Einnahmen haben. Die aber der Verbreiter dieser Nachricht benutzt dabei die Adresse des hiesigen Parvins deutschsprechender Gärtner wie auch einiger Firmen in Buenos Aires. Erkundigungen meinerseits haben ergeben, daß der Vorstand des hiesigen Parvins deutschsprechender Gärtner vollkommen überrascht ist durch die vielen Bitten deutscher Gärtner, die bei ihm einlaufen auf Grund des Inserats in deutschen Zeitungen. Die Bemerkung, daß der genannte Verein auch noch das Reisegeld

bezahlt, ist gemeiner Schwindel. Von den circa (bis jetzt) 150 eingekauften Bitten deutscher Gärtner kann nicht eine erfüllt werden. Wie wir vermuten, handelt es sich hier um eine neue Form des Menschenfanges. Ähnlich wie bei der französischen Fremdenlegion, nur mit dem Unterschied, daß für den Militärdienst die in die Falle gelockten Opfer im Hinterland auf den veränderten Etappen auf immer wiedersehen verschwinden. Denn man hat hier sehr richtig erkannt, daß man mit dem Durchschnittpost des deutschen Einwanderers, dem vorrätigen Bekehrten, Schriftsteller, Offizier usw., keine großen Geschäfte machen kann. Man versucht jetzt, wie es scheint unter dem Deckmantel verbrecherisch benützter Adressen, diejenigen Deutschen nach hier zu locken, die man besser ausnützen kann (ohne Bezahlung). Wir, d. h. die deutschen Berufsvereinigungen, werden, soweit es uns möglich ist, diese Verwechslung scharf beobachtet, um darüber volle Klarheit zu bekommen, von welcher Seite diese Schwindelmaße ins Werk gesetzt werden.“

## Noch einmal Celly de Rheydt.

Statt 40 000 Mark nur 4700 Mark Geldstrafe. Vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I stand die neue Verhandlung gegen die Ehefrau Seweloh an, die seinerzeit mit den Ausführungen des Belletts Celly de Rheydt in Berlin lebhaftes Aufsehen erregt und die schon einmal unter der Anklage unzüchtiger Vorstellungen das Gericht beschäftigt. Die Angeklagten wurden damals zu je 20 000 R., also zusammen 40 000 R., Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legte ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Grünspach, beim Reichsgericht Revision ein. Das Reichsgericht hat das schließliche Urteil keineswegs aufgehoben, so daß es diesmal nicht, wie vermutet wurde, zu einem neuen Hoftermin gekommen ist. Vielmehr stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß die Geldstrafe von 20 000 R. lediglich zurückzuführen sei auf die neue Verordnung über die Erhöhung von Geldstrafen. Diese Verordnung sei allerdings im vorliegenden Falle nicht richtig angewandt. Es wurde daraufhin gemäß dem Antrage des Anklagevertreters gegen Alfred Seweloh auf eine Gesamtstrafe von 1900 R. erkannt und gegen seine Ehefrau, die Tängerin Celly de Rheydt auf eine Gesamtstrafe von 2800 R., so daß die ursprüngliche Gesamtstrafe der beiden Angeklagten von 40 000 R. auf 4700 R. vermindert wurde, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Geldwert inzwischen weiter gesunken ist.

## Die Mutter der Giftmörderin.

Zu dem Giftmord des Butterhändlers Hempel erfassen wir, daß außer der Rosa Genischow jetzt auch deren Mutter, eine Witwe Täbing, verhaftet worden ist, nachdem sie aus der Irrenanstalt Dalbar entlassen worden war. Ihre Festnahme hängt zusammen mit einem großen Diebstahl bei einem Bankdirektor in Südde. Dort hatte Frau Täbing Stellung als Hausdame gefunden. Wie sie behauptet, konnte sie sich mit der Gattin des Bankdirektors nicht vertragen, weil sie sich von dieser schlecht behandelt glaubte. Sie verließ ihre Stellung, nahm aber dabei für 2 Millionen Silberzeug heimlich mit. Auf Verabredung traf sie sich mit ihrer Tochter in einem kleinen Lokal in der Berliner Straße zu Südde und übergab ihr die Beute, die dann, wie sie sagt, in einer Schmelze in Südde für 300 000 Mark verkauft wurde. Die Mutter bekam davon 200 000 R., die Tochter 100 000 R. Frau Täbing gesteht diesen Diebstahl ein. Sie behauptet, daß der Geliebte ihrer Tochter, der in Langfuhr verhaftete Kaufmann Ananowski, bei allen Untaten der Rosa Genischow die treibende Kraft gewesen sei. Dieser habe ihr auch immer von neuem Opium und Morphinum besorgt. Frau Täbing wird einstweilen in Haft behalten, bis darüber entschieden ist, ob sie vielleicht zunächst einem Krankenhaus überwiesen werden muß.

Steuerliche Kontrolle der Gold- und Juwelen-Ankaufgeschäfte im Berliner Westen. Im Bereiche des Finanzamts für Umfahsteuer Berlin-West, Friedrichstr. 218, hat eine Nachprüfung zahlreicher Gold- und Juwelen-Ankaufgeschäfte im steuerlichen Interesse stattgefunden. Bei dieser Nachprüfung sind im Monat Januar an nach erhobenen Steuern und verhängten Strafen insgesamt mehr als 17 Millionen Mark aufgefommen.

Gegen die Raumnott der Schüler hat die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion den folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, dem sich alle übrigen Fraktionen angeschlossen haben: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle einen Ausschuss einsetzen, der die Raumnott unserer Schulen, insbesondere der Berufsschulen, nachprüft und Vorschläge für eine angemessene Verteilung der vorhandenen Schulräume macht.“

Wie erhalte ich mich gesund? Der Film, der diese heute besonders wichtige Frage beantwortet, hat bei der ersten Aufführung (sonst Besucher anwesend) nur ein kleiner Teil in dem Saal Platz finden konnte. Die Wiederholung findet heute abend, 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Weinstraße 5 statt. Eintrittspreise: 50 Pf., 100 Pf., 150 Pf. Der Einlaß ist unentgeltlich.

Kinder-Massen-Konzerte im Circus Busch. Am drei Sonntagvormittagen im März (11., 18., 25.) werden 800 Knaben und Mädchen aus Gemeindeschulen im Circus Busch Volkslieder singen. Veranstalter sind Direktor Dr. Pöhler und der Berliner (Schwarzamerikaner) Kinderchor. Dirigent ist Karl Schwarzmeier. Der gesamte Ertrag der Kinderkonzerte fließt der Altershilfe und der Jugendpflege zu. Der Vorverkauf der Karten erfolgt bei H. Berthelm.

Öffentlicher Vortrag am Institut für Meeresskunde, Georgenstraße 34/36. Freitag, den 24. Februar, Professor Dr. Strumback: „Der Lebensreichtum unserer heimischen Meere.“ Beginn 8 Uhr abends. Eintrittskarten zu 30 Mark, auch im Vorverkauf, im Institut (Georgenstr. 34/36), erhältlich.

Vor Anker gekunten. Der auf der Elbe vor Anker liegende Dampfer Reinburg (in Halle beheimatet), der mit Stückgut von Hamburg nach Halle unterwegs war, ist aus unbekannter Ursache gekunten. Die Mannschaft konnte nur knapp das Leben retten. Der Schaden ist groß. Es konnte nur ein Teil des Stückgutes geborgen werden.

Pocken, Typhus und Cholera. An Bord des Transportdampfers Chemis sind von 4500 Flüchtlingen aus Rußland 800 an Pocken, Typhus und Cholera gestorben. Die meisten der Opfer waren Griechen.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Nachts ziemlich strenger, am Tage mäßiger Frost, zeitweise heiter, jedoch übermorgen bewölkt mit leichten Schneefällen, trübem stillen bis nordöstlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 22. Abt. Konsumvereinsammlung der M. Verkaufstelle in der Schulstraße Hohenstraße 10. Mittwoch abend 7 Uhr. Einnahme Parteigenossen und Genossen der Konsumvereinsammlung müssen erwidern und ihre Kontrollkarten zur Legitimation mitbringen.
- 23. Abt. Reichsbank. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung bei Röhler, Rietstr. 64. Berechnung, Verhandlungen und Nacharbeit mitbringen.
- 24. Abt. Reichsbank. Die Mitgliederversammlung findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag abend statt. Rückzug 1. Rotz vom Sonntag früh.

## Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin. Sitzung: Teilnehmer am nächsten Sonntag! Der Auszug der Graffiti des Wanders in Jugendheim Lindenstraße fällt morgen, Mittwoch, den 21. Februar, wegen technischer Schwierigkeiten aus.



